

Objektyp: **TableOfContent**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **12 (1920)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gewerkschaftliche Rundschau

für die Schweiz

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.
Für das Ausland Portozuschlag
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, Bern
Telephon 3168 Postscheckkonto N° III 1366
Erscheint monatlich

Druck und Administration: Unionsdruckerei Bern
Kapellenstrasse 6

INHALT:

	Seite		Seite
1. Nach dem Kongress	99	5. Aus andern Organisationen	105
2. Um die III. Internationale	101	6. Volkswirtschaft	105
3. Aus schweizerischen Verbänden	102	7. Streiks im IV. Quartal 1920	105
4. Internationale Konferenzen	103	8. Ausland	106
		9. Literatur	106

Nach dem Kongress.

Der Neuenburger Gewerkschaftskongress konnte das ihm aufgegebene Arbeitspensum nicht bewältigen. Er hat somit die in ihm gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Man würde trotzdem einen Fehler begehen, wollte man jemand für dieses Versagen persönlich verantwortlich machen. Nicht nur sind die Gegensätze innerhalb der Bewegung grösser geworden, auch die Zahl der Teilnehmer am Kongress ist von 100 in Bern im Jahre 1917 auf 300 gestiegen. Dazu kommt, dass alle Voten französisch oder deutsch übersetzt werden müssen, was eine starke Beeinträchtigung der Redezeit bedeutet. Schliesslich kommen doch die Delegierten zum Kongress, um zu den vorliegenden Fragen ihre Meinung zu sagen und nicht als Statisten. Es wird daher die Frage zu prüfen sein, was getan werden muss, um die jeweils vorliegenden Geschäfte restlos abzuwickeln. Eine Möglichkeit hierzu besteht in der Reduktion der Delegiertenzahl, die zweite in der Verlängerung der Tagungszeit und die dritte in der stärkeren Heranziehung des Gewerkschaftsausschusses zur Lösung grundsätzlicher Fragen.

Die erste Möglichkeit fällt ausser Betracht, da sie unvereinbar ist mit der Erteilung des Stimmrechts an die Vertreter der Unionsen, wie sie vom Bundeskomitee vorgeschlagen wird. Die Verlängerung der Tagungszeit wird man trotz der grossen Kosten für spätere Kongresse ernstlich ins Auge fassen müssen. In Verbindung damit wird dahin getrachtet werden müssen, dass der Gewerkschaftsausschuss alle Angelegenheiten vorweg erledigt, die nicht unbedingt der Kompetenz des Kongresses unterliegen.

Die Verbände waren auf dem Kongress mit 238 Delegierten, 27 Gewerkschaftskartelle mit 40 Delegierten vertreten. Ferner nahmen teil 18 Mitglieder vom Ausschuss, Bundeskomitee und Sekretariat und 1 Mitglied des Arbeitersekretariates, dazu 2 Vertreter der sozialdemokratischen Partei, 2 Vertreter der tschechoslowakischen Gewerkschaften und je ein Vertreter von Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und Schweden und Genosse Qudegeest als Vertreter des Int. Gewerkschaftsbundes.

Von Anfang an machte sich auf dem Kongress eine Gruppe der «Linksorientierten» bemerkbar, die meist ziemlich geschlossen auftrat, gleichwie sie schon vor dem Kongress eine lebhaft propagandistische Tätigkeit entfaltet hatte. Wie berichtet wird, soll diese Gruppe zu einer ständigen Einrichtung werden. Darüber wird noch zu reden sein.

Zum Bericht des Bundeskomitees, der gedruckt vorlag, kam die Diskussion nur schwer in Gang. Dass das Wort zum Bericht überhaupt verlangt wurde, geschah nach dem Geständnis des ersten Redners nur, um nicht den Anschein zu erwecken, als sei man von der Tätigkeit des Bundeskomitees befriedigt. Von den mehr als 60 Kapiteln des Berichtes war es die Kampagne für die 48stundenwoche, die als Beweis für die Unfähigkeit des Bundeskomitees herhalten sollte. Damit hatte man aber gründlich daneben gehauen, weil, wenn schon ein Verschulden vorliegen würde, was wir entschieden bestreiten, nicht das Bundeskomitee, sondern der ausserordentliche Kongress vom April 1919 in dieser Sache verantwortlich wäre.

Wenig Gefallen fand der Kongress an der Abrechnung des Aktionskomitees für die Kosten der Generalstreikprozesse und das Stenogramm vom Landesstreikprozess, die trotz der ziemlich ergiebigen Geldsammlung mit einem erklecklichen Defizit abschliessen. Dieses Defizit müssen die Organisationen übernehmen.

Im Zentrum des Interesses stand der Kampf um die Schaffung einer sogenannten Schweiz. Arbeiterunion, der denn auch auf dem Kongress den breitesten Raum einnahm. Man sucht es auch nach dem Kongress so darzustellen, als handle es sich dabei um den Kampf des «Neuen» mit dem «Alten». Man suggeriert immer wieder die Auffassung, als gelte es, unmittelbar mit zusammengefassten Kräften den letzten Widerstand des Kapitalismus zu brechen. Man will mitten im Kampf eine Umgruppierung der Kräfte vornehmen, für die alle organisatorischen und psychologischen Vorbedingungen fehlen. Es ist eine auf Annahmen, aber nicht auf Tatsachen sich stützende Behauptung, die Aufgaben und Ziele, die sich die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft gesetzt haben, könnten besser durch eine Arbeiterunion als durch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei gelöst werden.

Nicht eine Umgruppierung der Kräfte, die strategisch und taktisch schwere Nachteile im Gefolge hat, sondern die Zuführung neuer Kräfte in die Gewerkschaften, die Rekrutierung der 250,000 organisationsfähigen Unorganisierten als neue Kampftruppen und die Fühlungnahme mit den Gruppen der Kopfarbeiter werden uns die nötige Stosskraft verleihen.

Die Einheitsorganisation ist weder neu noch originell. Bei dem heutigen Umfang und Aufgabenkreis der Organisationen würde sie zu einem unerträglichen Zentralismus in der Bewegung führen, zu einer Lähmung der notwendigen Gruppeninitiative. Organisatorisch gedacht, ist sie ein Fremdkörper, gespeist vom Blute der Zentralverbände und der Partei, der unab-